

## Lokales

# Bürgerinitiative bezweifelt Sinn des zweigleisigen Ausbaus

**ELLERAU** Heute ist der letzte Abgabetag für Einwände gegen das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der S-Bahnlinie 21. Unsere Zeitung hat in den vergangenen beiden Ausgaben die Stellungnahmen der Kommunen Quickborn und Ellerau vorgestellt. Heute kommt die Ellerauer Bürgerinitiative (BI) Bahnstraße zu Wort, in der sich etwa 100 Bürger zusammengeschlossen haben.

Sie wehren sich gegen die Pläne des Landes, zwischen den AKN-Stationen Quickborn-Ort und Tanneneck ein zweites Gleis zu bauen, das entlang der übrigen Abschnitte bereits liegt. Die Eigentümer von etwa 30 Häusern an der Bahnlinie müssen dafür etwa vier Meter breite Streifen ihrer Grundstücke hergeben und künftig mit einer vier Meter hohen

Lärmschutzwand auf der Südseite ihrer Gärten leben. Darüber hinaus müssen einige Anrainer etwa zwei mal zwei Meter große Flächen für den Bau von Strommasten abtreten. Nur auf der gegenüberliegenden Seite der Bahnstraße sollen sie in die Lärmschutzwand integriert werden. Der BI-Vorsitzende Markus Spiering betonte: „Wir sind nicht gegen das Projekt.“ Er wehre sich aber gegen eine acht Meter vom Kinderzimmer entfernte verlaufende Oberleitung und die Grundstücksverkleinerung.

Diese Beeinträchtigungen stehen für ihn in keinem Verhältnis zu der angekündigten Zeitersparnis. Die Planer hätten berechnet, dass sich die Züge etwa mittig zwischen Quickborn und Tanneneck begegnen. Bei einer Eingleichigkeit müsste der Zug Rich-

tung Norden jeweils 40 bis 50 Sekunden lang warten. „30 Grundstücksbesitzer werden enteignet für 40 Sekunden für die, die Richtung Norden fahren“, sagte er.

Spiering bedauert, dass die Lärm- und Erschütterungs-

gutachten nur auf die aktuelle Taktfrequenz, nicht aber auf eine Erhöhung eingehen. Er vermutet, dass dann mehr Anwohner das Recht auf Lärmschutz erhielten.

Die S21 ist zurzeit nur mit unten liegenden Stromab-

nehmern ausgerüstet. Auf der Strecke nach Kaltenkirchen soll aber eine Oberleitung gebaut werden. Spiering zufolge muss das Land daher etwa 100 Millionen Euro in neue Züge investieren. Er schlägt vor, stattdessen die bereits mit beiden Systemen ausgerüstete S3 nach Kaltenkirchen und die S21 nach Pinneberg fahren zu lassen. Spiering wirft dem Land vor, keine Alternativen geprüft zu haben. Möglich wäre es, die AKN nach Altona fahren zu lassen, und anstelle einer Oberleitung auf einen Akku-, Wasserstoff- oder einen Power-to-liquid-Antrieb mit rückstandslos verbrennendem Treibstoff zu setzen. Sorgen bereitet ihm auch die Bauphase. „Wenn alle Bauarbeiten vom Gleis aus erfolgen sollen, geht das nur nachts“, sagte er. *jhf*



**Markus Spiering steht in seinem Garten.** In Höhe der Leiter des Spielgeräts soll eine vier Meter hohe Lärmschutzwand und dahinter das zweite Gleis für die S 21 gebaut werden. FRANK